

13.58

Abgeordnete Mag. Verena Nussbaum (SPÖ): Herr Präsident! Werte Mitglieder der Bundesregierung! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher! Ich freue mich sehr, dass wir heute endlich wieder einmal das Thema Gleichbehandlung auf der Tagesordnung stehen haben; dieses Thema wurde ja aufgrund der Coronapandemie in den letzten Monaten sehr vernachlässigt. In meinen Augen ist jedoch gerade zu dieser Zeit Gleichstellung wichtiger denn je.

Durch Covid-19 haben sich die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft massiv verstärkt, und wir werden noch lange gegen die gesellschaftlichen Folgen ankämpfen müssen. Wir konnten beobachten, wie die Mehrfachbelastungen der Frauen wieder zunehmen: Plötzlich mussten viele Familien ihre Kinder während ihrer Arbeitszeiten betreuen, weil die Schulen oder Behinderteneinrichtungen geschlossen wurden. Leider blieb der Großteil dieser Mehrbelastung an den Frauen hängen – und das, obwohl Frauen in der Arbeitswelt um einiges mehr einstecken müssen als ihre männlichen Kollegen.

Ein sehr altes, aber leider noch immer aktuelles Thema ist die fehlende Einkommens-
transparenz in den Unternehmen. Die Arbeiterkammer und die Gewerkschaft kritisieren zu Recht die unzureichende Einkommenstransparenz in Österreich. Die Einkommens-
unterschiede sind nach wie vor hoch, die Einkommensschere schließt sich nicht
wirklich, und man kann nur den Schluss ziehen, dass die Einkommensberichte, die es
seit einigen Jahren gibt, nicht effektiv sind, um dieses Dilemma zu beseitigen.

Was wir aus der Vergangenheit nun gelernt haben, würde ich sagen, ist, dass positive
Anreize, Aufklärung, Informationen nicht ausreichen, um diese Verhältnisse zu ändern
und das Schließen des Genderpaygaps zu erreichen. Deshalb braucht es in diesem
Bereich endlich richtige Sanktionen.

Ebenso unzureichend ist der Schutz von Frauen vor sexueller Belästigung am Arbeits-
platz. Noch immer erfahren mehr als die Hälfte der weiblichen Arbeitnehmer sexuelle
Belästigung, sei es durch männliche Kollegen, Chefs oder auch durch Kunden. Im
Jahr 2021 ist das wohl völlig inakzeptabel.

Frau Bundesministerin, wann fangen Sie zu arbeiten an? Wann fangen Sie an, in
diesen Bereichen aktiv zu werden? Ein Jahr lang ist nichts geschehen.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Situation von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz eingehen. Das Ausgleichstaxensystem funktioniert nicht gut. Viele Unternehmen zahlen in der Realität lieber in den Ausgleichstaxfonds ein, als eine Person mit Behinderungen einzustellen. Das ist keine Gleichstellungspolitik, die uns weiterbringt. Mich erinnert dieses System eher an Ablasshandel und das Freikaufen aus der gesellschaftlichen Verantwortung. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

14.01

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Kira Grünberg. – Bitte schön, Frau Abgeordnete.